



Datum 27. September 2013
Reg.Nr. 16.05.07
Abteilung Parlamentssekretariat
Person Doris Fischli
Funktion Parlamentssekretärin
E-Mail doris.fischli@glarus-nord.ch
Direkt 058 611 70 41

Protokoll 24. Sitzung Gemeindeparlament Glarus Nord vom 26. September 2013 17.15 – 20.51 Uhr im Jakobsblick Niederurnen

Vorsitz Parlamentspräsidentin Cornelia Schmid
Gemeindeschreiberin Andrea Antonietti Pfiffner

Protokoll Parlamentssekretärin Doris Fischli

Begrüssung

Parlamentspräsidentin Cornelia Schmid begrüsst die Mitglieder des Gemeindeparlamentes und des Gemeinderates Glarus Nord sowie alle Gäste und Pressevertreter zur 24. Sitzung des Gemeindeparlamentes Glarus Nord.

Zur heutigen Sitzung wurde ordnungsgemäss eingeladen. Es wird festgestellt, dass die Zustellung von Einladung, Traktanden und Unterlagen fristgerecht erfolgt ist. Ebenfalls ist die heutige Sitzung im Amtsblatt des Kantons Glarus sowie im Glarus Nord Anzeiger publiziert worden. Als Unterstützung für die Protokollierung wird eine Tonbandaufnahme erstellt.

Die 24. Parlamentssitzung Glarus Nord gilt somit für eröffnet.

Für die heutige Sitzung haben sich folgende Mitglieder des Parlamentes entschuldigt:

- Hanspeter Hertach, Niederurnen, SVP
- Alfred Hefti, Mollis, SVP

Anwesenheitskontrolle

Anrede	Vorname	Name	Adresse	PLZ	Ort	Partei	abwesend
Frau	Marianne	Blumer	Mättlistrasse 28	8867	Niederurnen	SP/JUSO	
Herr	Basil	Collenberg	Im Moos 26	8753	Mollis	CVP	
Herr	Lorenzo	Conte	Kärpfstrasse 7	8752	Näfels	GLP	
Herr	Fridolin	Dürst	Burg 18	8758	Obstalden	FDP	
Herr	Max	Eberle	Ennetgiessen 10	8752	Näfels	BDP	
Frau	Manuela	Einsle-Vetterli	Kanalstrasse 13	8753	Mollis	Grüne	
Herr	Jakob	Fehr	Kapellgasse 3	8868	Oberurnen	SP/JUSO	
Herr	Peter	Gallati	Am Linthli 28	8752	Näfels	FDP	
Herr	Adrian	Hager	Rautiweg 5	8867	Niederurnen	SVP	
Frau	Theres	Hauser-Stucki	Unterdorf 37	8752	Näfels	SVP	
Herr	Alfred	Hefti	Müligaden 1	8753	Mollis	SVP	X
Herr	Hanspeter	Hertach	Mättlistrasse 2	8867	Niederurnen	SVP	X
Herr	Thomas	Huber	Hauptstrasse 41b	8867	Niederurnen	CVP	
Herr	Fred	Kamm	Kerenzerbergstr. 63	8757	Filzbach	FDP	
Herr	Peter	Kistler	Rosenbordstrasse 18	8867	Niederurnen	SP/JUSO	
Herr	Kurt	Krieg	Bleichi 1	8867	Niederurnen	SVP	
Herr	Beny	Landolt	Schneisingen 6	8752	Näfels	BDP	
Herr	Franz	Landolt	Bachdörfli 2	8752	Näfels	GLP	
Herr	Martin	Landolt-Meier	Mühle 21b	8752	Näfels	SVP	
Herr	Daniel	Landolt-Tremp	Escherstrasse 10	8752	Näfels	CVP	
Frau	Gret	Menzi	Seergarten 6	8874	Mühlehorn	BDP	
Herr	Jürg	Menzi	alte Kerenzerstr. 37	8758	Obstalden	SVP	
Frau	Margrit	Neeracher	Kärpfstrasse 35	8868	Oberurnen	CVP	
Frau	Rita	Nigg	Mattstrasse 7	8865	Bilten	CVP	
Herr	Patrik	Noser	Landstrasse 49	8868	Oberurnen	CVP	
Frau	Ann-Kristin	Peterson	Mühlehoschet 3	8867	Niederurnen	Grüne	
Herr	Luca	Rimini	Im Grütl 40	8868	Oberurnen	BDP	
Frau	Cornelia	Schmid	Käsernhoschet 8	8865	Bilten	FDP	
Frau	Elisabeth	Schnyder	Wiesenstrasse 15	8865	Bilten	SVP	
Frau	Katia	Weibel Fischli	Gerbi 30	8752	Näfels	SP/JUSO	
Herr	Urs	Zimmermann	Mühlebachweg 2f	8867	Niederurnen	FDP	
Herr	Christoph	Zürrer	Oberdorfweg 18	8753	Mollis	SP/JUSO	
Herr	Christoph	Zwicky	untere Bitzi 20	8758	Obstalden	SP/JUSO	

Präsenz 31 Parlamentarier/-innen sind anwesend, die Beschlussfähigkeit gemäss Art. 10 der Parlamentsordnung ist somit festgestellt.

Absolutes Mehr 16

Die heutige **Traktandenliste** umfasst 9 Traktanden:

1. Bericht Finanzaufsichtskommission zum 1. Halbjahr 2013
2. Amtsbericht 2012
 - a) Amtsbericht 2012 des Gemeinderates
 - b) Bericht der Geschäftsprüfungskommission
 - c) Anträge der Geschäftsprüfungskommission
3. Wiedererwägungsantrag betr. SVP-Motion „Schuldenbremse“
4. Wiedererwägungsantrag betr. Beschluss „Einführung Parkverbot Am Linthli“ im Zusammenhang mit der Genehmigung des Verpflichtungskredites Sanierung Kleine Schwärzistrasse Näfels
5. Genehmigung eines Verpflichtungskredites von Brutto CHF 2'490'000 für den Hochwasserschutz (HWS) Rosenbordgraben
6. Genehmigung eines Verpflichtungskredits von Brutto CHF 2'429'350 für die Realisierung der Milchverwertung Oberseetal
7. Genehmigung Verpflichtungskredit von Brutto CHF 300'000 für die Planung der Standorte
8. Genehmigung Rechtsgeschäfte mit dem Verein Glarner Gemeinnützige (HPZ Oberurnen)
9. Umfrage

Bereinigung der Traktandenliste

Das Wort wird nicht verlangt, somit wird gemäss vorliegender Traktandenliste getagt.

Geschäfte

(Einführung durch Parlamentspräsidentin Cornelia Schmid)

1. Bericht Finanzaufsichtskommission zum 1. Halbjahr 2013

(Bericht FAK 10.09.2013)

Adrian Hager, Präsident FAK, Niederurnen, SVP

Die Finanzaufsichtskommission hat sich am 4. September 2013 mit dem Soll/Ist-Vergleich Januar – Juni 2013 befasst. In den zur Verfügung gestellten Unterlagen zur Erfolgs- und Investitionsrechnung teilte der Gemeinderat mit, dass sich die Gemeinde Glarus Nord bezüglich der finanziellen Vorgaben auf gutem Kurs befindet und die meisten Aufwandsposten innerhalb der Budgets oder sogar deutlich darunter liegen. Der FAK war es nicht möglich, diese Aussagen aufgrund der erhaltenen Unterlagen umfassend zu überprüfen, dies bedeutet jedoch nicht, dass an den Aussagen des Gemeinderates gezweifelt wird.

Das Budget wird zwar auf den Kostenstellen und Kostenarten auf ein halbes Jahr ausgelegt, zum Teil linear und zum Teil periodisiert. Dazu fehlten jedoch genauere Informationen welche Art der Abgrenzung für welche Kostenstellen und Kostenarten zutreffen. Bei der Internen Verrechnung wurde eine Differenz von CHF 0.5 Mio. zwischen Aufwand und Ertrag festgestellt, diese sollte eigentlich ausgeglichen sein. Weiter wurden CHF 1.5 Mio. in die Laufende Rechnung verbucht, dieser Betrag wird Ende Jahr in die Investitionsrechnung umgebucht. Dadurch wird das Bild der Erfolgsrechnung verzerrt und eine klare Aussage zu Kostenstellen und Kostenarten ist nicht möglich.

Die FAK hat aufgrund dieser Tatsachen einen Forderungskatalog erstellt, welche Informationen der Soll-Ist-Vergleich zukünftig enthalten soll:

- Ist-Zahlen Januar – Juni
- Periodisierte Budgetzahlen Januar- Juni für alle Posten über CHF 100'000, kleinere Posten können halbiert werden
- Ist-Zahlen des Vorjahres Januar – Juni
- Gesamtes Jahresbudget, damit der Überblick über das Ganze gewährleistet ist

In der Laufenden Rechnung sind folgende Kostenarten besonders aufgefallen:

314175 Schneeräumung entwickelt sich zum Dauerbrenner. Aufgrund des strengen Winters waren die Kosten weit höher als budgetiert. Bei diesem Thema muss auch in Zukunft mit Abweichungen gerechnet werden.

441100 Gewinne aus Verkauf von Grundstücken: Eingestellt waren im Budget 2013 gesamthaft CHF 500'000, effektiv wurde bis jetzt noch nichts realisiert. Der Gemeinderat versicherte, dass dieser Betrag bis Ende Jahr generiert werden kann. Aufgrund der aktuellen Budgetberatung durch die FAK stellt sich nun aber die Frage, ob dieser Gesamtbetrag von CHF 500'000 tatsächlich in die Laufende Rechnung gehört. Dies wird mit dem Gemeinderat zurzeit noch abgeklärt.

425000 Verkäufe/Forst: Wie üblich, finden Verkäufe und Fakturierung im Forst erst im zweiten Halbjahr statt. Tendenziell sind die Holzpreise steigend und es darf damit gerechnet werden, dass der budgetierte Betrag bis Ende Jahr erreicht wird.

In der Investitionsrechnung fällt eine grössere Abweichung bei 504003 Erlebniskäserei Nüen auf. Die umfassenderen Massnahmen welche auf Grund der Gefahrenkarte nötig wurden, verursachten eine Budgetüberschreitung von CHF 100'000.

Kommissionspräsident Adrian Hager bittet das Parlament um Kenntnisnahme des vorliegenden Berichtes.

Martin Laupper, Gemeindepräsident

Dankt für die kritische und herausfordernde Begleitung durch die FAK. Durch ihre seriöse Arbeit trägt sie wesentlich zur Verbesserung dieses Prozesses bei. Der Gemeinderat erachtet einen Vergleich basierend auf dem Soll/Ist Vergleich nach Kostenart als durchaus möglich. Darauf beruht auch die Aussage des Gemeinderates, dass er sich auf Kurs befindet. Die drei überzogenen Positionen wurden bereits erwähnt, dem Gemeinderat ist bewusst, dass diese zu tief budgetiert wurden.

Martin Laupper erwähnt, dass die gesamte Verwaltung mit einem Ausgabenstop bis Ende November 2013 belegt wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt dürfen nur 85 % des Budgets ausgegeben werden, diese

Vorgabe konnte bis jetzt eingehalten werden. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass mit Hilfe dieser Reserve von 15 % das Budget bis Ende Jahr eingehalten werden kann.

Parlamentspräsidentin Cornelia Schmid stellt den Bericht der Finanzaufsichtskommission abschnittsweise zur Diskussion. Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen, der Kommissionsbericht wird somit zur Kenntnis genommen.

2. Amtsbericht 2012

a) Amtsbericht 2012 des Gemeinderates

b) Bericht der Geschäftsprüfungskommission

c) Anträge der Geschäftsprüfungskommission

(Bericht GPK 09.09.2013)

Der Amtsbericht 2012 wurde den Parlamentsmitgliedern bereits im Mai zugestellt. Das Geschäft ist in drei Teile gegliedert, diese sind jedoch materiell eng miteinander verknüpft.

Für die Beratung ist folgender Ablauf vorgesehen:

- Eintretensdebatte
- Detailberatung Amtsbericht 2012, Bericht GPK und Anträge
- Schlussabstimmung

Das Wort zum Vorgehen wird nicht verlangt.

Eintretensdebatte

Basil Collenberg, Präsident GPK, Mollis, CVP

Der Wechsel vom Geschäftsbericht 2011 zum Amtsbericht 2012 ist der Geschäftsprüfungskommission positiv aufgefallen. Der neue Amtsbericht ist übersichtlich strukturiert und enthält sehr viele Informationen. Vom Volumen her sollte die obere Grenze damit erreicht sein. Die GPK hat sich bemüht, dem Parlament einen schlanken Bericht vorzulegen und auf die Wiederholung der Aussagen aus dem Amtsbericht will der Kommissionspräsident an dieser Stelle verzichten, ganz nach dem Motto "in der Kürze liegt die Würze".

Er verweist auf die sehr kurzen Kommentare zu den Anstalten, diese sind auf die Abklärungen betr. Zuständigkeiten und die eingeschränkten Kompetenzen der GPK zurückzuführen. Basil Collenberg schliesst nicht aus, dass die nächsten Berichte etwas ausführlicher ausfallen werden. Die Schwierigkeit für die GPK bezüglich der Zuständigkeiten besteht darin, dass die Grenzen nicht immer klar ersichtlich sind.

Der Bericht enthält im Weiteren Empfehlungen an den Gemeinderat. Es liegt jedoch in seinem Ermessen, wie damit umgegangen wird.

Zum Schluss bedankt sich Kommissionspräsident Basil Collenberg bei allen Beteiligten:

- den Ressortleitern für die ausführlichen Informationen
- den Bereichsleitern für das Verfassen ihrer Beiträge im Amtsbericht
- der Gemeindeschreiberin Andrea Antoniotti für die regelmässige Zustellung der Protokolle
- den Protokollführerinnen Doris Fischli und Monika Scherr für die Erstellung der Aktennotizen
- dem Gemeindepräsidenten Martin Laupper, mit der Bitte um Weiterleitung an alle Mitarbeitenden der Gemeinde
- allen Mitgliedern der GPK für die gute Zusammenarbeit.

Die GPK beantragt dem Parlament, auf das Geschäft einzutreten und den Amtsbericht 2012 sowie den vorliegenden Bericht zu genehmigen.

Thomas Huber, Niederurnen, CVP

Im Namen der Fraktion CVP/GLP bedankt sich Thomas Huber beim Gemeinderat und den zuständigen Stellen für den ausführlichen Amtsbericht 2012 sowie auch der GPK für ihre umfangreiche Arbeit. Eintreten ist unbestritten, allfällige Fragen folgen in der Detailberatung.

Martin Laupper, Gemeindepräsident

Der Gemeinderat freut sich über die positive Beurteilung des Amtsberichtes 2012 durch die GPK und das Parlament. Er ist überzeugt, dass damit eine gute Ausgangslage auch für die zukünftigen Amtsberichte geschaffen werden konnte.

Martin Laupper dankt seinerseits der GPK für die intensive Arbeit und Begleitung und hebt dabei besonders den angenehmen und fairen Umgang miteinander hervor.

Die Vorsitzende stellt Eintreten fest.

Detailberatung des Amtsberichtes 2012 gemäss Inhaltsverzeichnis**Amtsbericht Glarus Nord 2012**

Keine Wortmeldung

Inhaltsverzeichnis

Keine Wortmeldung

Editorial des Gemeindepräsidenten

Keine Wortmeldung

Ressort Präsidiales – Bereich Kanzlei

Keine Wortmeldung

Ressort Präsidiales – Bereich Finanzen

Keine Wortmeldung

Ressort Präsidiales – Bereich Personal

Christoph Zürrer, Mollis, SP

Bezeichnet den Amtsbericht 2012 als gutes Dokument, übersichtlich, verständlich und hilfreich und dankt dafür im Namen der Fraktion SP/Grüne allen Beteiligten.

Frage zur Mitarbeiterbefragung: Dem Amtsbericht ist zu entnehmen, dass die Ergebnisse zur Mitarbeiterbefragung Anfangs 2013 vorliegen würden. Wie ist die grundsätzliche Stimmung bei den Mitarbeitenden und folgt eine Bekanntgabe der Auswertung?

Martin Laupper, Gemeindepräsident

Die Auswertung liegt vor und wurde innerhalb der Verwaltung verteilt. Einige Themen betreffen den operativen Bereich und sind nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Für das Parlament könnte jedoch ein Auszug mit den wesentlichen Botschaften zusammengestellt werden. Grundsätzlich sind die Mitarbeitenden mit ihrer Arbeit zufrieden. Dagegen bewirken die Rahmenbedingungen, wie beispielsweise die Ferienregelung, einige Unzufriedenheit über die ganze Organisation. Nach wie vor besteht Optimierungsbedarf in Bezug auf Verantwortung und Kompetenzen. An zwei Kader-Workshops wurden gemeinsam Massnahmen erarbeitet, diese gelangen nun zur Umsetzung. Die Mitarbeiterbefragung wird ca. alle 3 Jahre wiederholt. Das Hauptziel besteht in der Steigerung des Commitment von heute 60 % auf 80 %.

Ressort Präsidiales – Bereich Stabsstelle Kommunikation / Wirtschaftsförderung

Christoph Zürrer, Mollis, SP

Bezüglich der Ansiedlung der Carlsberg Supply Company AG möchte Christoph Zürrer wissen, um wie viele Arbeitsplätze es sich dabei zurzeit handelt und wie viele dieser Arbeitnehmer in der Gemeinde Glarus Nord wohnen.

Martin Laupper, Gemeindepräsident

Es handelt sich um rund 150 Arbeitsplätze, wie viele Stelleninhaber ihren Wohnsitz in Glarus Nord haben, kann momentan nicht beziffert werden.

Ressort BildungChristoph Zürcher, Mollis, SP

Im Bericht wird erwähnt, dass die Einführungsklassen auslaufen, über die Basisstufe ist jedoch nichts zu lesen. Wie ist hier der Stand der Arbeiten?

Zum Thema Schulschwimmen: Es überrascht, dass in Glarus Nord auch in den Oberstufen ein wöchentlicher Schwimmunterricht stattfindet. Welches sind dazu die pädagogischen Überlegungen und wie hoch sind diese Kosten?

Roger Schneider, Gemeinderat

Betr. Basisstufe: In der Schulordnung ist festgelegt, dass Einführungsklassen solange bestehen bleiben, bis an drei Standorten Basisstufen eingeführt sind. Am heutigen Standort Kerenzberg ist die Basisstufe ideal und sinnvoll. Ein Bedürfnis nach weiteren Standorten ist zurzeit nicht vorhanden.

Betr. Schulschwimmen: Die Kosten speziell für die Oberstufe sind momentan nicht bekannt. Auch zu den pädagogischen Überlegungen kann sich Roger Schneider nicht äussern. Wichtig ist zu wissen, dass eine der drei im Stundenplan vorgegebenen Turnstunden durch eine Schwimmstunde ersetzt wird. Müssten alle drei Lektionen in Turnhallen durchgeführt werden, käme es zu einem Kapazitätenengpass.

Zur Info: Nach den Herbstferien beginnt ein freiwilliges Schulschwimmen jeweils um 06.00 Uhr morgens.

Thomas Huber, Niederurnen, CVP

Die Befragungen der Ressortleiter durch die GPK fanden in der zweiten August-Hälfte statt. Im Bericht der GPK wurde die Institution Waldkindergarten sehr positiv erwähnt. Kurze Zeit später ist in der Presse über die Schliessung des Waldkindergartens zu lesen. War diese Thematik bereits bei der GPK-Befragung bekannt?

Roger Schneider, Gemeinderat

Zum Zeitpunkt der Befragung durch die GPK war die Schliessung noch kein Thema. Die Qualität des Projektes Waldkindergarten ist unbestritten gut. Es handelt sich jedoch um ein Angebot auf freiwilliger Basis, welches aufgrund der Finanzlage genauer geprüft werden musste.

Ressort Bau und Umwelt

Keine Wortmeldung

Ressort Wald und Landwirtschaft

Keine Wortmeldung

Ressort Liegenschaften

Keine Wortmeldung

Ressort Gesundheit, Jugend und KulturThomas Huber, Niederurnen, CVP

Betr. Chilbi Oberurnen: Im Amtsbericht ist zu lesen, dass eine Bahn kurzfristig ausfiel und aufgrund eines Missverständnisses nicht ersetzt werden konnte. Dieses Jahr ist dasselbe wieder passiert. Welches sind die Gründe für diese Vorfälle?

Marco Kistler, Gemeinderat

Verspricht, dieser Sache nachzugehen. Grundsätzlich kann im Chilbi-Wesen aufgrund der Koordination durch die Gemeinde eine Verbesserung festgestellt werden. Aus versicherungstechnischen Gründen ist es wichtig, dass die Gemeinde die Verträge mit den Schaustellern unterhält.

Gret Menzi, Mühlehorn, BDP

Dieses Thema ist auch der Dorfkommission bekannt. Seitens des Ressorts wurde bestätigt, dass zukünftig nur noch Bahnen organisiert werden, welche TÜV-geprüft sind und über eine Betriebsbewilligung verfügen.

Ressort Sicherheit

Keine Wortmeldung

Anhang

Keine Wortmeldung

Detailberatung des Berichtes der Geschäftsprüfungskommission nach Ressorts**Präsidiales**Adrian Hager, Niederurnen, SVP

Weist auf einen Fehler im Bericht hin: Die neu eintretenden Lehrpersonen sind wie die übrigen Lehrpersonen bei der Pensionskasse des Kantons versichert.

Im Weiteren wünscht er konkretere Aussagen betr. Diskussion zu den Themen Glarus hoch3, Soll-Stellen, Personalfuktuation und die daraus folgenden Konsequenzen.

Basil Collenberg, Präsident GPK

Betr. Glarus hoch3 gibt Basil Collenberg das Wort weiter an Roger Schneider. Als Mitglied des Verwaltungsrates ist er der Fachmann auf diesem Gebiet.

Roger Schneider, Gemeinderat

Das Aktionariat wurde neu aufgeteilt. Die Grundlagen sind erstellt und die Statuten überarbeitet. Momentan ist man dabei, die heute erbrachten Leistungen vertraglich sicherzustellen und zwar zwischen der durch Glarus hoch3 beauftragten Firma und Glarus hoch3 selbst. Glarus hoch3 hat kein eigenes Personal angestellt. Rechenzentrum, Helpline, Projektarbeiten etc. sind ausgelagert an eine Firma, welche sämtliche Dienstleistungen in diesem Bereich erbringt. Der Verwaltungsrat ist sich des Klumpenrisikos bewusst und hat entsprechende Massnahmen aufgegleist.

Martin Laupper, Gemeindepräsident

Präzisiert die Aussage von Adrian Hager betr. Pensionskasse: Der Amtsbericht bezieht sich auf das Jahr 2012, der Wechsel der neueintretenden Lehrpersonen zur Kantonalen Pensionskasse erfolgte erst im 2013.

BildungTheres Hauser, Näfels, SVP

Wie kann es dazu kommen, dass an einzelnen Standorten die Sonderpädagogik von 50% der Schüler in Anspruch genommen wird und wer ist für die Verordnung dieser Massnahmen zuständig?

Roger Schneider, Gemeinderat

Zwischen den einzelnen Dörfern gibt es sehr grosse Unterschiede. In Bilten hat es viele Schüler mit Migrationshintergrund, diese können zum Teil nicht auf familiäre Unterstützung in schulischen Belangen zählen und sind deshalb vermehrt auf Hilfe angewiesen um die Minimalziele der Schule zu erreichen.

Zum anderen muss ein gewisses Grundangebot zur Verfügung gestellt werden. Aus diesem Pool können niederschwellige Massnahmen unbürokratisch durch die zuständige Lehrperson veranlasst werden. In schwierigeren Fällen ist der Kanton für die Abklärung und die Kosten zuständig. Normalerweise werden die sonderpädagogischen Massnahmen im Kindergarten und in den untersten Primarklassen in Anspruch genommen. Sonderpädagogik wird sehr individuell eingesetzt und betrifft nicht nur einzelne Kinder sondern es kann auch eine ganze Klasse miteinbezogen werden.

Nicht zur Sonderpädagogik zu zählen sind Psychomotorik und Logopädie, diese sind separat geregelt.

Bau und Umwelt

Adrian Hager, Niederurnen, SVP

Im Bericht ist zu lesen, dass die Delegierung von umfassenderen Kompetenzen ans Ressort für die Bewilligung der Baugesuche ein weiterer Schritt zur zeitlichen Optimierung wäre. Wurde in diese Richtung etwas unternommen?

Hans Leuzinger, Gemeinderat

In der Zwischenzeit wurde eine wesentliche Verbesserung erreicht, indem die Baubewilligungsverfahren für Wintergärten, Umbauten, Fassadensanierungen, Photovoltaikanlagen etc. an die Baukommission delegiert wurden. Nur Neubauten, grosse Bauvorhaben und Ausnahmegewilligungen müssen nach wie vor dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Das Ziel des Ressorts Bau und Umwelt besteht darin, alle Bewilligungen selber erteilen zu können, wobei hier der Gemeinderat nicht unbedingt gleicher Meinung ist.

Lorenzo Conte, Näfels, GLP

Betreffend zeitlicher Optimierung erkundigt sich Lorenzo Conte über die durchschnittliche Bearbeitungszeit eines Baugesuches.

Hans Leuzinger, Gemeinderat

Für ein gewöhnliches Einfamilienhaus beträgt das Baubewilligungsverfahren in der Regel 3 Monate. In den meisten Fällen, in denen das Verfahren länger dauerte, war dies auf mangelhafte Unterlagen seitens der Bauherrschaft zurückzuführen.

Wald und Landwirtschaft

Keine Wortmeldung

Liegenschaften

Keine Wortmeldung

Gesundheit Jugend und Kultur

Adrian Hager, Niederurnen, SVP

Offenbar war die Arbeit des Jugendrates nicht sehr erfolgreich. Welches sind die Konsequenzen?

Marco Kistler, Gemeinderat

Hauptstandort der Jugendarbeit ist die Blaue Baraggä in Näfels. Diese spricht vor allem jüngere Jugendliche mit Problemen an. Das Projekt Jugendrat wurde von der Gemeinde zusammen mit der Pro Juventute organisiert. Dieses Projekt soll engagierte Jugendliche ansprechen, welche sich selber aktiv einbringen und diverse Anlässe oder Projekte organisieren wollen. Das Ganze verursacht keine Kosten, solange keine Aktivitäten stattfinden. Für geplante Projekte kann der Jugendrat gezielt einen finanziellen Beitrag beantragen.

Sicherheit

Keine Wortmeldung

Technische Betriebe Glarus Nord

Keine Wortmeldung

Alters- und Pflegeheime Glarus Nord

Keine Wortmeldung

Schlussabstimmung

Das Parlament beschliesst gemäss Antrag der GPK einstimmig:

1. Auf den Amtsbericht Glarus Nord 2012 einzutreten.
2. Den Amtsbericht Glarus Nord 2012 sowie den vorliegenden Bericht der GPK zu genehmigen.

3. Wiedererwägungsantrag betr. SVP-Motion „Schuldenbremse“

(Antrag Gemeinderat 28.08.2013)

Am 22. Mai 2012 reichte die SVP-Fraktion die Motion "Schuldenbremse" ein. Der Gemeinderat hat mit Schreiben vom 16. August 2012 dem Parlament beantragt, diese Motion nicht zu überweisen, da im kantonalen Finanzhaushaltsgesetz bereits weiterreichende Regelungen in Bezug auf die Bildung inkl. Abbau von Schulden vorhanden sind. Aufgrund dieses übergeordneten Erlasses muss die Schuldenbremse in der Gemeindeordnung nicht zusätzlich geregelt werden.

Anlässlich der Sitzung vom Donnerstag, 25. Oktober 2012 hat das Parlament die SVP Motion "Schuldenbremse" behandelt und beschlossen, diese entgegen dem Antrag des Gemeinderates zu überweisen.

Die Frist zur Bearbeitung der Motion beträgt ab deren Überweisung 1 Jahr, also bis 25. Oktober 2013. Heute liegt der Wiedererwägungsantrag des Gemeinderates vor, welcher dem Gemeindeparlament beantragt, die Motion "Schuldenbremse" aufgrund rechtlicher Unzulässigkeit sowie faktischer Unmöglichkeit als erledigt von der Pendenzenliste abzuschreiben und von den rechtlichen und finanzpolitischen Ausführungen Kenntnis zu nehmen.

Für die Beratung dieses Geschäftes ist folgender Ablauf vorgesehen:

- Eintretensdebatte
- Detailberatung Antrag Gemeinderat
- Schlussabstimmung

Das Wort zum Vorgehen wird nicht verlangt.

Eintretensdebatte

Jürg Menzi, Obstalden, SVP

Die SVP-Fraktion hat am 22. Mai 2012 die Motion Schuldenbremse eingereicht. Fristgerecht wurde dem Parlament die Antwort des Gemeinderates zugestellt. Diese entspricht natürlich nicht den Vorstellungen der Motionäre. Es wurden genauere Ausführungen erwartet, was diese Rechtsabklärungen genau aussagen. Die eigenen Rechtsabklärungen der SVP-Fraktion bei einem Anwalt und bei der Staatskanzlei ergaben andere Aussagen. Es wird nicht bestritten, dass bei der Motion gewisse Anpassungen nötig sind. Diese werden im Bericht des Gemeinderates auch erwähnt und könnten im Sinne der Motion angepasst und ergänzt werden.

Die SVP-Fraktion beantragt Ablehnung des Antrages und gibt dem Gemeinderat den klaren Auftrag, im Sinne der Motion die Gemeindeordnung zu ergänzen und dem Parlament einen Vorschlag zu unterbreiten der rechtlich zulässig ist.

Marianne Blumer, Niederurnen, SP

Beantragt im Namen der Fraktion SP/Grüne Eintreten auf den Wiedererwägungsantrag. Die juristischen Begründungen des Gemeinderates wurden zur Kenntnis genommen und sind nachvollziehbar. Trotzdem drängte sich die Frage auf, warum es so lange dauerte, bis die rechtliche Unzulässigkeit des Anliegens erkannt worden ist. Eine juristische Überprüfung der Motion vor der Vorlage an das Parlament wäre die bessere Lösung gewesen. Aufgrund der vorliegenden Fakten empfiehlt die Fraktion dem Parlament, die Motion wegen Unzulässigkeit abzuschreiben und dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Martin Laupper, Gemeindepräsident

Bestätigt, dass die Beurteilung nur aus finanzpolitischer Sicht erfolgte und der Aspekt der rechtlichen Beurteilung dabei vernachlässigt wurde. Diese Erfahrung wird in die Behandlung zukünftiger Vorstösse einfließen. Primär wird zukünftig die rechtliche Situation abgeklärt, bevor auf die materielle Frage eingegangen wird.

Als Antwort für die SVP erklärt Martin Laupper, dass der Gemeinderat sich auf die Auskunft des Rechtsberaters verlassen hat. Dessen seriöse Überprüfung war nachvollziehbar und aufgrund dieser rechtlichen Beurteilung bestand für den Gemeinderat kein Zweifel daran, dass dieser Wiedererwägungsantrag gestellt werden musste.

Aus finanzpolitischer Sicht wäre eine Rückweisung kein gangbarer Weg um die Gemeinde in den nächsten paar Jahren erfolgreich positionieren zu können. Aufgrund der aktuellen Budgetdiskussion möchte die Gemeinde betreffend Schuldenfrage einen anderen Weg einschlagen. Das Parlament sollte in diesem Punkt der Gemeinde den notwendigen Spielraum zugestehen, damit sie sich als Gemeinde erfolgreich aufbauen kann. Durch diese Motion würde das verhindert.

Beschluss

Das Parlament folgt dem Antrag der SVP-Fraktion und beschliesst mit 14:13 Stimmen (3 Enthaltungen) Rückweisung des Wiedererwägungsantrages betr. "Schuldenbremse".

4. Wiedererwägungsantrag betr. Beschluss „Einführung Parkverbot Am Linthli“ im Zusammenhang mit der Genehmigung des Verpflichtungskredites Sanierung kleine Schwärzistrasse Näfels

(Antrag Gemeinderat 29.08.2013)

Anlässlich der Sitzung vom 23. Mai 2013 hat das Parlament das Geschäft "Genehmigung Verpflichtungskredit für die Sanierung der Kleinen Schwärzistrasse Näfels" behandelt und beschlossen, den Verpflichtungskredit zu genehmigen.

Gleichzeitig hat das Parlament jedoch auch der Einführung eines Parkverbotes auf dem Strassenabschnitt "Am Linthli 12 bis 32" unter Vorbehalt der rechtlichen Gültigkeit dieses zusätzlich gestellten Antrages zugestimmt. In der Zwischenzeit hat der Gemeinderat diese rechtliche Prüfung durchgeführt und beantragt nun dem Parlament, den Beschluss über die Einführung dieses Parkverbotes zu widerrufen und von den rechtlichen Ausführungen betreffend Abänderungsanträgen Kenntnis zu nehmen.

Für die Beratung dieses Geschäftes ist folgender Ablauf vorgesehen:

- Eintretensdebatte
- Detailberatung Antrag Gemeinderat
- Schlussabstimmung

Das Wort zum Vorgehen wird nicht verlangt.

Eintretensdebatte

Franz Landolt, Näfels, GLP

Beantragt im Namen der CVP/GLP Fraktion Zustimmung zum Antrag des Gemeinderates.

Das Parkverbot hat nichts mit der Sanierung der Kleinen Schwärzistrasse zu tun, dies sind zwei völlig verschiedene Geschäfte und müssen separat behandelt werden. Dennoch hat der Gemeinderat die Aufgabe, das Problem mit dem Parkieren am Linthli zu lösen. Der heutige Zustand ist nicht rechtens, da der Gewässerschutzabstand nicht eingehalten wird. Die Unterschreitung dieses Abstandes liegt im alleinigen Zuständigkeitsbereich des Kantons. Für die Lösung des Problems sieht Franz Landolt zwei Möglichkeiten: Parkplätze mittels Baugesuch beim Kanton legalisieren oder Erlass eines Parkverbotes entlang dem Linthli. Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Initiative zu ergreifen. Die Gemeinde ist nicht dafür zuständig, Parkplätze entlang dem Linthli zu schaffen, aber sie muss dafür sorgen, dass die Gesetze eingehalten werden.

Hans Leuzinger, Gemeinderat

Der Gemeinderat hat kein Interesse daran, diese Parkplätze zu legalisieren. Es ist ihm bekannt, dass dazu kaum eine Chance auf eine entsprechende Bewilligung besteht. Andererseits wurden bereits verschiedene Versuche unternommen, um ein Parkverbot entlang dem Linthli durchzusetzen. Dieses Vorhaben scheiterte bis jetzt jeweils am Widerstand der Anwohner. Der heutige Zustand ist eigentlich illegal und der Gemeinderat wird weiter alles daran setzen um entlang dieser Strasse Ordnung schaffen.

Hans Leuzinger bittet die Parlamentsmitglieder, dieses Geschäft keinesfalls mit der Sanierung der Kleinen Schwärzistrasse zu verknüpfen. Diese Sanierung ist dringend notwendig und muss möglichst rasch ausgeführt werden.

Die Vorsitzende stellt Eintreten fest.

Detailberatung Antrag Gemeinderat

Der Antrag des Gemeinderates wird abschnittsweise zur Diskussion gestellt.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Schlussabstimmung

Das Parlament beschliesst einstimmig:

1. Den Beschluss über die Einführung eines Parkverbotes auf dem Strassenabschnitt Am Linthli 12 bis 32 zu widerrufen.
2. Von den rechtlichen Ausführungen betreffend Abänderungsanträgen Kenntnis zu nehmen.

Parlamentspräsidentin Cornelia Schmid ordnet an dieser Stelle eine 20-minütige Pause an.

Vor Beginn des 2. Teils der Parlamentssitzung weist die Vorsitzende darauf hin, dass anstelle des abwesenden Büromitgliedes Hanspeter Hertach, Gret Menzi zur Stimmenzählerin bestimmt wurde.

5. Genehmigung eines Verpflichtungskredits von Brutto CHF 2'490'000 für den Hochwasserschutz (HWS) Rosenbordgraben

(Antrag Gemeinderat 29.08.2013; Kurzbericht Marty Ingenieure AG 07.08.2013)

Die aktuelle Gefahrenkarte der Gemeinde Glarus Nord zeigt, dass grosse Teile des Siedlungsgebietes von Näfels bis Niederurnen durch Hochwasser gefährdet sind. Immer wieder führten die Rauti oder deren Seitenbäche Hochwasser. Die letzten grösseren Hochwasserereignisse fanden in den Jahren 1999, 2005, 2007, 2009, 2010 und 2013 statt. Bei all diesen Ereignissen zeigte sich, dass verschiedene Bäche eine ungenügende Abflusskapazität aufweisen und immer wieder zu Überschwemmungen von Häusern und Strassen führen.

Die ehemalige Gemeinde Niederurnen initiierte im Jahre 2007 ein umfassendes Hochwasserschutzprojekt über das ganze Einzugsgebiet der Rauti. Zwischenzeitlich liegt ein Vorprojekt vor. In diesem Projekt konnte aufgezeigt werden, dass die Hochwasserproblematik in der Rauti sowie deren Nebengerinne nur mit einem dorfübergreifenden Hochwasserschutzprojekt gelöst werden kann. Das von Bund und Kanton unterstützte Hochwasserschutzkonzept Rauti zeigt einen integralen Ansatz auf, welcher das ganze Einzugsgebiet der Rauti und somit auch die Dorfteile Näfels und Oberurnen miteinbezieht. Das Konzept besteht aus verschiedenen baulichen und raumplanerischen Massnahmen, welche zu kombinieren sind. Es berücksichtigt Retentionsmassnahmen, abflusskapazitätsvergrössernde Massnahmen sowie Frühwarn- und Interventionsmassnahmen.

Über dieses Thema wurde auch am Informationsanlass vom 19. September 2013 ausführlich orientiert.

Der Gemeinderat beantragt, dem Objektkredit (Verpflichtungskredit) von brutto CHF 2'490'000 zulasten der Investitionsrechnung für das HWS-Projekt Rosenbordgraben zuzustimmen und den Gemeinderat nach Ablauf des fakultativen Referendums mit dem Vollzug zu beauftragen sowie den Betrag von CHF 2'490'000 ins Budget 2014 einzustellen.

Für die Beratung dieses Geschäftes ist folgender Ablauf vorgesehen:

- Eintretensdebatte
- Detailberatung Antrag Gemeinderat
- Schlussabstimmung

Das Wort zum Vorgehen wird nicht verlangt.

Eintretensdebatte

Das Wort wird nicht verlangt, die Vorsitzende stellt Eintreten fest.

Detailberatung Antrag Gemeinderat

Der Antrag des Gemeinderates wird zifferweise zur Diskussion gestellt.
Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Schlussabstimmung

Das Parlament beschliesst einstimmig:

1. Den Objektkredit (Verpflichtungskredit) von brutto CHF 2'490'000 zulasten der Investitionsrechnung für das HWS-Projekt Rosenbordgraben zu gewähren.
2. Den Gemeinderat nach Ablauf des fakultativen Referendums mit dem Vollzug zu beauftragen und den Betrag von CHF 2'490'000 ins Budget 2014 einzustellen.

6. Genehmigung eines Verpflichtungskredits von Brutto CHF 2'429'350 für die Realisierung der Milchverwertung Oberseetal

(Antrag Gemeinderat 31.05.2013; Bericht BRVK 06.09.3013; Planübersicht Standorte; Planübersicht Alpen; Projektstudie + Anhänge)

Zu diesem Traktandum begrüsst die Vorsitzende Herrn Foppa, Leiter Beratung und Weiterbildung der Fachstelle für Alpwirtschaft, Landwirtschaftliche Schule Plantahof in Landquart. Er steht für allfällige Fragen zur Verfügung.

Zurzeit wird im Kanton Glarus nur noch auf der Alp Enzianen-Rauti im Oberseetal und auf der Alp Erbs in Elm Alpziger produziert. Im Weiteren kann aktuell lediglich bei den Stäfel der Alp Obersee-Rauti Milch in einer provisorischen Anlage zu Käse verarbeitet werden. Bei den übrigen Alpen bleibt den Äplern als einzige Alternative nur der tägliche Transport der Milch ins Tal, was eine grosse Belastung für die Umwelt und die Erschliessung mit sich bringt. Der Transport der Milch ins Tal vertilgt 30 Rappen pro Liter Milch, was ca. der Hälfte des Milchertrages entspricht. Sind die Alppächter wegen dem Milchtransport erst einmal im Tal, kehren sie nicht immer unverzüglich wieder zurück auf die Alp, sondern verrichten bei ihren Heimbetrieben anstehende Arbeiten. Die Alpwirtschaft für die Bauern in Glarus Nord sollte wieder an Bedeutung gewinnen. Die Tal- und Bergbauern haben zusammen mit Bund und Kanton viel Geld in die Heimbetriebe investiert, die ausschliesslich auf Milchwirtschaft ausgerichtet sind. Die Alpen dienen als unverzichtbare Futtergrundlage im Sommer und sichern demnach auch die Milchkuhbestände in den Heimbetrieben.

Schon längere Zeit stehen die Alpbewirtschafter und die Alpbesitzer vor der Situation, dass für eine gemeinsame Milchverwertung eine Lösung gefunden werden muss.

Der Gemeinderat beantragt deshalb, einen Verpflichtungskredit (Rahmenkredites) von brutto CHF 2'429'350 für die Realisierung der Milchverwertung Oberseetal zu gewähren sowie den Gemeinderat mit dem Vollzug zu beauftragen und den Restbetrag von CHF 1'229'350 im Budget einzustellen.

Für die Beratung dieses Geschäftes ist folgender Ablauf vorgesehen:

- Eintretensdebatte
- Detailberatung
- Schlussabstimmung

Das Wort zum Vorgehen wird nicht verlangt.

Eintretensdebatte

Ann-Kristin Peterson, Präsidentin BRVK, Niederurnen, Grüne

Die Kommissionspräsidentin möchte ein paar Ergänzungen anbringen, da aus dem Kommissionsbericht wie auch aus dem Antrag des Gemeinderates nicht ganz deutlich hervorgeht, um was es eigentlich geht und weshalb die Variante 4 bevorzugt wird.

Bei diesem Geschäft geht es nur noch um drei Alpen, das Schwändital ist nicht mehr zu berücksichtigen. Somit fallen die Varianten 0, 1 und 2 zum Vornherein weg. Die Zielvorgabe des Gemeinderates und der Bereichsleitung besteht darin, die Voraussetzungen zu schaffen, damit das Label AOC für Alpmilch erlangt werden kann. Dies ist nur möglich, wenn die hochwertige Alpmilch direkt auf der Alp verwertet wird. Sobald die Milch ins Tal transportiert wird und eine Vermischung stattfindet, kann höchstens Bergkäse daraus hergestellt werden. Man möchte auch erreichen, dass die Milch von den Äplern selbst auf den Alpen bearbeitet wird und diese auch weiterhin die Natur und die Umwelt hegen und pflegen. Nach Meinung des Gemeinderates kann durch weniger Fahrten ins Tal auch aus ökologischer Sicht eine Verbesserung erwirkt werden. Dieser Meinung kann sich die Kommission allerdings nicht ganz anschliessen, da jeder Äpler das Recht hat, nach Gutdünken ins Tal zu fahren.

Die erhaltenen Unterlagen waren auch für die Kommission sehr umfangreich. Anhand der Übersichtskarte verdeutlicht Ann-Kristin Peterson, welche drei Alpen betroffen sind: 1. Alp Niedersee-Grappli, Unterstafel Niedersee, 2. Alp Obersee-Rauti, Unterstafel und 3. Alp Enzianen-Rauti, Oberstafel. Die letzteren beiden Alpen müssen umgebaut werden, bei der Alp Niedersee-Grappli ist ein Anbau und Neubau vorgesehen.

Nach Abwägen der Vor- und Nachteile, hat sich für die Kommission aus Sicht des Betriebserfolges die Variante 4 als die ökonomischste Lösung herausgestellt.

Der Verpflichtungskredit von CHF 2'429'350 lässt sich wie folgt aufteilen: Beiträge von Bund und Kanton CHF 483'099, Beiträge von Hilfsorganisationen CHF 300'000 (noch nicht garantiert), Beitrag Gemeinde CHF 700'000, Zinsloser Kredit CHF 663'712 und ein Darlehen CHF 282'539. Kredit und Darlehen gehen zu Lasten der Pächter.

Die Alpen im Oberseetal gehören der Gemeinde, diejenigen im Schwändital haben private Eigentümer. Während der Projektbearbeitung haben sich nun Änderungen ergeben. Die privaten Eigentümer der Alpen im Schwändital haben sich dazu entschlossen, aus dem gemeinsamen Projekt auszusteigen und selber eine Lösung zu realisieren und zu finanzieren. Aus diesem Grund sind von diesem Geschäft nur noch die Äpler im Oberseetal betroffen. Die aufgezeigten Kosten beziehen sich nur auf die Käseproduktion und die projektbezogene Infrastruktur. Später werden weitere Investitionen für Verbesserungen an den bestehenden Infrastrukturen hinzukommen. Diese sind aber nicht Bestandteil des heutigen Geschäftes.

Gespräche mit den betroffenen Äplern haben gezeigt, dass sie dieses Projekt befürworten und auch bereit sind, ihren Anteil an die Kosten zu leisten.

Im Pachtvertrag mit dem Alpverein soll vertraglich festgehalten werden, dass für die Äpler die Pflicht zur Pflege der Weiden besteht. Die Einhaltung dieser Pflicht muss jedoch auch kontrolliert werden.

Anmerkung zu den Finanzen: Das Parlament hat im Budget 2013 CHF 1'200'000 bewilligt, davon sind CHF 800'000 Beiträge. An der Gemeindeversammlung im November 2012 wurde der Finanzplan genehmigt, darin enthalten waren CHF 2'100'000 und Beiträge von CHF 1'400'000.

Die BRVK beantragt mehrheitlich, dem Antrag des Gemeinderates sowie der Ergänzung der Kommission, dass der Gemeindebeitrag im Maximum CHF 700'000 beträgt, zuzustimmen. Zum Schluss dankt die Kommissionspräsidentin Ressortleiter Ruedi Menzi und Bereichsleiter Andreas Schärer für ihre Unterstützung und Ruedi Menzi ganz speziell für die eindrückliche Führung durch das Oberseetal. Ebenso gilt der Dank allen Kommissionsmitgliedern und Protokollführer Urs Spälti für ihre Mitarbeit.

Fridolin Dürst, Obstalden, FDP

Beantragt als Mitglied der vorberatenden Kommission Eintreten und Zustimmung zum Antrag des Gemeinderates sowie zum Zusatzantrag der BRVK.

Anlässlich einer Begehung vor Ort konnten sich die Kommissionsmitglieder über den Sanierungsbedarf an diversen Alpgebäuden überzeugen. Mit der Kreditvorlage sind Sanierungen im Wohn- und Hygienebereich sowie in den drei erwähnten Alpgebäuden eine Käsereieinrichtung zu realisieren, damit die anfallende Alpmilch zu Alpkäse verwertet werden kann. Fridolin Dürst ist der Meinung, dass die Gemeinde als Eigentümerin der Alpen im Oberseetal dafür zu sorgen hat, dass die notwendigen Investitionen getätigt werden. Bund und Kanton haben Beiträge in Aussicht gestellt, dies ist nicht selbstverständlich. Diese Institutionen prüfen genau, ob ein Projekt sinnvoll ist, bevor finanzielle Unterstützung zugesagt wird. Der Alpverein Oberseetal, welchem alle Alppächter angehören, übernimmt CHF 946'000, sodass der Gemeinde im Maximum noch CHF 700'000 verbleiben. Das Investitionsvolumen von rund CHF 2,5 Mio. kostet die Gemeinde also letztlich CHF 700'000. Wie bereits von der Kommissionspräsidentin erwähnt, hat die Gemeindeversammlung im letzten Herbst bereits einen Budgetkredit diesbezüglich beschlossen. Die jetzt vorliegenden Mehrkosten übernimmt der Alpverein Oberseetal.

Kurt Krieg, Niederurnen, SVP

Im Namen der SVP Fraktion beantragt er Eintreten.

Die Fraktion ist der Meinung, dass die Wertschöpfung der Alpen erhalten und den neuen gesetzlichen Bestimmungen Rechnung getragen werden soll.

Peter Gallati, Näfels, FDP

Dankt allen Verantwortlichen für die geleistete umfangreiche Arbeit. Trotzdem stellt er einen Rückweisungsantrag.

Peter Gallati konnte persönlich feststellen, dass unter den Äplern keine Euphorie bezüglich dieses Projektes herrscht. Hauptsächlich würden nur die beiden grössten Äpler davon profitieren, die übrigen Äpler stimmten dem Projekt eher zu, weil sie befürchteten, andernfalls würde durch die Gemeinde nichts mehr gemacht. Es ist jedoch Aufgabe der Gemeinde, die Alphütten einem gewissen Standard entsprechen instand zu halten und den Äplern ein anständiges Dasein zu bieten. Auch seitens der Bürger herrscht kein grosses Verständnis für diese grosse Kreditvergabe.

Die Ökologie wurde angesprochen, das AOC Label verlangt, dass die Milch täglich abgeliefert wird. Jetzt wird die Milch jeden zweiten Tag ins Tal gefahren, schlussendlich ergibt dies in etwa gleich lange Wege. Dass die Äpler durch dieses Projekt mehr Zeit auf den Alpen verbringen würden ist eine Illusion, sie werden auf alle Fälle ins Tal fahren, weil sie auch in ihren Heimbetrieben viele Arbeiten zu erledigen haben. Diese Aussagen stammen von Äplern selbst.

Für Peter Gallati handelt es sich um eine äusserst unsichere Investition. Das Konzept ist zwar gut, aber es sind noch viele Fragen offen. Eine davon betrifft die Agrarreform 2014. Diese besagt, dass Vergütungen nicht mehr nach Anzahl Vieh, sondern nach Anzahl Fläche ausgerichtet werden. Dies hatte im letzten Jahr gesamtschweizerisch bereits einen Rückgang des Viehbestandes zur Folge. Viele Betriebe haben vermehrt Muttertierhaltung, was die Milchmenge einschränkt. Der Milchpreis ist in den letzten Wochen gestiegen. Hält diese Tendenz an, ist es fraglich, wie lange die Käserei auf den Alpen noch ein lukratives Geschäft ist.

In der Surselva beispielsweise, mussten 6 kleinere Käsereien schliessen, weil sie nicht rentabel waren. Diese Aussagen weisen darauf hin, dass die Käserei nicht unbedingt ein gutes Geschäft ist. Im Weiteren spricht Peter Gallati den finanziellen Aspekt an. Die Gemeinde ist Eigentümerin von weiteren 30-35 Alpbgebäuden, im Sinne einer Gleichbehandlung müsste auch da investiert werden. Welche finanziellen Folgen dies haben wird ist ungewiss. Für den Beitrag der Berghilfe über CHF 300'000 fehlt eine verbindliche Zusage. Ausserdem fehlt im Moment die Gewissheit, dass der notwendigen Steuererhöhung um die Gemeindefinanzen im Lot zu halten, zugestimmt wird. Er gibt zu bedenken, dass mit dem Hochwasserschutz und dem Bedarf an Schulraum sehr hohe Kosten für die Gemeinde anfallen werden. Bezüglich Amortisation des Beitrages durch den Alpverein Oberseetal stellt sich die Frage, was geschieht, wenn sich der Verein auflösen sollte. Peter Gallati plädiert dafür, dieses Geschäft um mindestens 1 Jahr zu verschieben. Bis dann sind die Auswirkungen der Agrarreform und die Entwicklung des Milchpreises bekannt und nicht zuletzt bedeutet dies einen Zeitgewinn, um sich intensiver mit diesem umfangreichen Geschäft auseinander zu setzen.

Daniel Landolt, Näfels, CVP

Beantragt Eintreten und Zustimmung.

Unterstützt durch Marco Baltensweiler vom Kantonalen Amt für Landwirtschaft hat sich die Fraktion CVP/GLP intensiv mit dem Geschäft auseinandergesetzt und kam zum Schluss, dass dieses Projekt sehr gut zur Agrarpolitik 2104 passt. Da im Kanton Glarus grosse Ackerflächen fehlen, ist man auf die Milchwirtschaft angewiesen, andere Möglichkeiten gibt es nicht. Bei den 3 Standorten gibt es keine Luxusbauten für die Milchverwertung sondern es handelt sich um einfache und zweckmässige Infrastrukturen. Was den ausstehenden Beitrag der Berghilfe betrifft, darf man guten Mutes sein, dass diese CHF 300'000 ebenfalls gesprochen werden, nachdem bereits die Zustimmungen durch Bund und Kanton und nun auch durch die Gemeinde vorliegen.

Max Eberle, Näfels, BDP

Im Sinne eines vernünftigen Umgangs mit den Steuerfranken stellt Max Eberle den Antrag auf Ablehnung.

Er teilt grösstenteils die Begründungen von Peter Gallati und verzichtet deshalb auf eine Wiederholung der Argumente. Für eine Bewirtschaftung von 3 ½ Monaten 1,2 Mio. Steuerfranken auszugeben bezeichnet er als völlig überrissen. Vor allem auch im Hinblick auf die in den nächsten Jahren anfallenden Investitionen in Millionenhöhe für Hochwasserschutz, Schulraum und linth-arena sgu.

Ein Hinweis zur Ökologie: Zu den drei Käsereien müssen auch Schweinemästereien gebaut werden. Ob es sinnvoll ist, im Alpgebiet Schweinegülle auszubringen ist fraglich und der Geruch hätte sicherlich negative Auswirkungen auf den Tourismus.

Rita Nigg, Bilten, CVP

Im Namen der CVP/GLP Fraktion spricht sich Rita Nigg für Eintreten und Zustimmung aus.

Daniel Landolt erwähnte bereits, dass das Geschäft sehr ausführlich mit einem Fachmann diskutiert wurde und die Fraktion ist von diesem Projekt überzeugt. Es ist die einzige Möglichkeit, damit eine optimale Wertschöpfung der Milch aus dem Oberseetal stattfinden kann. Ein AOC Glarner Alpkäse ist kein gewöhnlicher Alpkäse, sondern er bezeugt die Wertschätzung gegenüber dem Älpler. Die Alpen, auf denen Milchwirtschaft betrieben wird, sind weniger vergandet und weisen eine grössere Vielfalt an Fauna und Flora auf.

Ruedi Menzi, Gemeinderat

Pro und Contra wurden bereits ausführlich besprochen. Das Geschäft wurde sehr seriös vorbereitet und mit zahlreichen Unterlagen dokumentiert.

Zum Votum von Peter Gallati: Die Ausgangslage in der Surselva war eine andere, es wurde dort gewöhnlicher Käse, wie es unzählige auf dem Markt gibt, und nicht Alpkäse produziert. Im Oberseetal soll jedoch ein AOC Alpkäse produziert werden. Eine Überproduktion ist nicht möglich, dieser Käse wird je länger je mehr gefragt sein.

Zum Votum von Max Eberle: Es wird keine Schweinegülle vom Tal auf die Alp geführt. Mit der anfallenden Schotte werden Alpschweine gemästet und auch deren Fleisch ist sehr gefragt.

Der eigentliche Profiteur dieses Projektes ist die Gemeinde selber als Alpeigentümerin. Damit ist die Bewirtschaftung für die nächsten 20-25 Jahre gesichert. Dank den Voraussetzungen, die Milch zu einem hochwertigen Produkt mit hoher Wertschöpfung zu verwerten, ist es kein Problem, Alppächter zu finden. Für schlecht bewirtschaftete Alpen lassen sich kaum Pächter finden.

Selbstverständlich geht es auch um Steuergelder, aber diese stehen auch der Alpwirtschaft zu. In den Talbetrieben wurde bereits in die Milchwirtschaft investiert. Bei einem Abbruch des Projektes, würden die bereits getätigten Investitionen sozusagen torpediert. Da viele Landwirte auf Mutterkuhhaltung umgestellt haben, ist der Wert der Milch gestiegen. Es müssen also auch Milchkuhplätze erhalten werden.

Ruedi Menzi betont, dass alle Äpler des Oberseetals diesem Projekt zugestimmt haben. Für fachspezifische Fragen steht Herr Foppa vom Plantahof gerne zur Verfügung.

Beschluss

Das Parlament beschliesst mehrheitlich Eintreten auf das Geschäft.

Detailberatung Antrag Gemeinderat

1. Ausgangslage

Keine Wortmeldung

2. Materielles

Keine Wortmeldung

3. Erläuterungen

Keine Wortmeldung

4. Anträge

Patrik Noser, Oberurnen, CVP

Beantragt, Variante 3 umzusetzen.

Der Unterschied zu Variante 4 liegt in den tieferen Investitionskosten und einem minim kleineren Milchpreis von Rp. 68 gegenüber Rp. 75. Auf dem Plan ist ersichtlich, dass bei Variante 4 im Abstand von nur 600 m eine weitere Infrastruktur geplant ist. Es besteht ein gewisses Risiko und es gibt kritische Stimmen, deshalb schlägt Patrik Noser vor, jetzt Variante 3 umzusetzen und falls das Projekt erfolgreich verläuft, kann später auf Variante 4 ausgebaut werden.

Christoph Zwicky, Obstalden, SP

Der Unterschied für die Gemeinde zwischen den beiden Varianten beträgt Fr. 0.-- und eine bessere Ausbeute. Wenn die Bewirtschafter schon bereit sind, mehr zu investieren, sollte man ihnen nicht die schlechtere Lösung anbieten.

Max Eberle, Näfels, BPD

Wiederholt an dieser Stelle seinen Ablehnungsantrag, welchen er bereits in der Eintretensdebatte eingebracht hat.

Franz Landolt, Näfels, GLP

Wenn schon im Oberseetal investiert wird, dann gleich richtig. In gewissen Sommermonaten ist die untere Alp beim Obersee nicht besetzt, respektive sie befinden sich auf der Alp Rauti. Von Ahornen und Grappli muss dann die Milch ins Tal geführt werden, was nicht sinnvoll ist. Bei gleichen Kosten für die Gemeinde ist es mit Variante 4 möglich, alle Milch auf der Alp zu bewirtschaften. Dies ist ein entscheidender Vorteil von Variante 4.

Ann-Kristin Peterson, Präsidentin BRVK, Niederurnen, Grüne

Bestätigt die Worte von Franz Landolt. Die Kommission hat die Variante 3 ebenfalls geprüft und dabei festgestellt, dass von den beiden Alpen Brunnetten-Ahornen und Niedersee-Grappli ca. 90'000 l Milch ins Tal geführt werden müssen. Um das AOC Label zu erreichen, muss die Milch jedoch auf der Alp verwertet werden.

Detailberatung Bericht BRVK

1. Ausgangslage

Keine Wortmeldung

2. Eintretensdebatte

Keine Wortmeldung

3. Detailberatung

Keine Wortmeldung

4. Anträge

Keine Wortmeldung

Peter Gallati, Näfels, FDP

Wiederholt an dieser Stelle seinen Rückweisungsantrag, welchen er bereits in der Eintretensdebatte eingebracht hat.

Beschlüsse

Das Parlament lehnt den Rückweisungsantrag von Peter Gallati mehrheitlich ab.

Das Parlament lehnt den Antrag von Patrik Noser, Umsetzung Variante 3 statt Variante 4, mehrheitlich ab.

Das Parlament lehnt den Ablehnungsantrag von Max Eberle mehrheitlich ab.

Schlussabstimmung

Das Parlament beschliesst mehrheitlich:

1. Den Verpflichtungskredit (Rahmenkredit) von brutto CHF 2'429'350 für die Realisierung der Milchverwertung Oberseetal zu gewähren.
2. Den Gemeinderat mit dem Vollzug zu beauftragen und den Restbetrag von CHF 1'229'350 ins Budget 2014 einzustellen.
3. Der Gemeindebeitrag beträgt im Maximum CHF 700'000.

7. Genehmigung eines Verpflichtungskredits von Brutto CHF 300'000 für die Planung der Standorte

(Antrag Gemeinderat 12.09.2013; Auszug Budget 2013; Konzept Schulraumbedarf)

Im Zuge der Gemeindestrukturereform sowie der operativen Umsetzung der Gemeinde Glarus Nord wurden Abläufe und Organisation von Verwaltung und Schule den neuen Gegebenheiten angepasst, um die Prozesse optimaler zu gestalten. Dies brachte unter anderem den Vorteil, dass die ganze Verwaltung von Glarus Nord an nur drei Standorten bzw. in drei Gemeindehäusern untergebracht werden konnte, gegenüber früher acht Standorten. Ähnliche Überprüfungen sind derzeit bei den Werkhöfen im Gange.

Im gleichen Sinne ist die Schulkommission besorgt, den Schulbetrieb auf weniger und dafür geeigneten Standorten optimal zusammen zu fassen.

Dazu kommt, dass zurzeit Einwohner- und somit Schülerzahlen in Glarus Nord steigen und dadurch in absehbarer Zeit zusätzlicher Schulraum bereit gestellt werden muss. Mittlerweile zählt Glarus Nord deutlich über 17'000 Einwohner und die Tendenz aufgrund der herrschenden Bautätigkeit ist weiterhin steigend. Bei den Kinderzahlen ist eine deutliche Zunahme feststellbar. Der Schulraum an den für den Schulbetrieb geeigneten Standorten wird dadurch zunehmend knapp.

Anfangs 2012 befasste sich eine gemeindeinterne Projektgruppe intensiv mit der Zukunft der bestehenden Schul- und Gemeindehäuser in Glarus Nord. Daraus resultierten Sofortmassnahmen sowie kurzfristige- und längerfristige Massnahmen. Aufgrund der stark steigenden Kinderzahlen in Niederurnen um ca. 60 Kinder wird dort bereits zusätzlicher Schulraum geschaffen. Aus Sicht der Schulkommission wird ein Primarschulzentrum für den Raum Näfels favorisiert. Die Gemeindeversammlung hat diesen Budgetkredit bereits bewilligt.

Der Gemeinderat beantragt, den Verpflichtungskredit von CHF 300'000 für die Planung der Standorte zu gewähren und den Gemeinderat nach Ablauf des fakultativen Referendums mit dem Vollzug zu beauftragen.

Für die Beratung dieses Geschäftes ist folgender Ablauf vorgesehen:

- Eintretensdebatte
- Detailberatung Antrag Gemeinderat
- Schlussabstimmung

Das Wort zum Vorgehen wird nicht verlangt.

Eintretensdebatte

Katia Weibel, Näfels, SP

Beantragt im Namen der Fraktion SP/Grüne Eintreten auf die Vorlage. Gleichzeitig kündigt Katia Weibel einen Abänderungsantrag an. Da dieser grundsätzlicher Natur ist, wird sie ihn gleich an dieser Stelle formulieren.

Vorerst bedankt sich Katia Weibel beim Gemeinderat für die Vorlage. Die Fraktion ist ebenfalls der Ansicht, dass die Standortfrage dringend geklärt werden muss. Aus diesem Grund wurde wenige Tage vor Erhalt der Parlamentsunterlagen eine Interpellation zu diesem Thema beim Gemeinderat eingereicht. Noch schneller ist eine nichtdringliche Interpellation kaum zu beantworten.

Der Antrag der Fraktion SP/Grüne lautet: Vom Verpflichtungskredit über CHF 300'000 wird ein Drittel freigegeben. Nach spätestens 6 Monaten entscheidet das Parlament auf der Grundlage eines Zwischenberichts mit Konzept, Zeitplan und einer detaillierten Kostenaufstellung über die allfällige Freigabe des Restbetrages.

Begründung: Der Antrag des Gemeinderates wirft verschiedene Fragen auf und ist nicht in jedem Punkt nachvollziehbar. Die Ausführungen zur Frage "Warum" sind definiert. Dagegen fehlt die Begründung, weshalb es dafür CHF 300'000 braucht. Es werden nicht mehr Informationen bekanntgegeben, als bereits bei der Budgetdiskussion. Damals hat sich das Parlament darauf verlassen, dass allfällige Fragen anlässlich der Diskussion über den Verpflichtungskredit geklärt werden. Trotz diesen grundsätzlichen Bedenken kommt eine Rückweisung nicht in Frage. Die Standortfrage ist äusserst dringend und muss unverzüglich angegangen werden. Aus diesem Grund beantragt die Fraktion SP/Grüne die Freigabe einer ersten Tranche trotz fehlender Entscheidungsgrundlage.

Bruno Gallati, Gemeinderat

Bereits vor eineinhalb Jahren hat die Gemeinde eine interne Arbeitsgruppe mit der Überprüfung der Schul- und Gemeindehäuser beauftragt. Diese Arbeit konnte mit Sofortmassnahmen und kurzfristigen Massnahmen, wie im Bericht erwähnt, abgeschlossen werden. Es musste dabei aber auch festgestellt werden, dass das ganze Geschäft sehr viel komplexer ist. Deshalb wurde im letzten Budget ein Betrag eingestellt, um eine umfassende Überprüfung der Standorte vornehmen zu können.

Dabei geht es darum, die langfristige Planung bezüglich der zentralen Liegenschaften zu prüfen. Die Leitung unterliegt dabei dem Gemeinderat.

In Glarus Nord sind viele Schul- und Gemeindehäuser vorhanden. Mit dem Projekt soll das Optimum herausgeholt werden, es muss dabei genau geprüft werden, welche der Liegenschaften die Gemeinde noch braucht, welche saniert werden müssen und welche nicht mehr benötigt werden und veräussert werden können. Vor allem bezüglich Verkauf von Liegenschaften muss eine Planungssicherheit vorhanden sein.

Dem gesamten Projekt liegen mehrere Schritte zugrunde. Einerseits geht es um die Standortbestimmung, also eine IST-Aufnahme. Die Gebäude werden bezüglich ihrer Nutzungsmöglichkeiten für die Gemeinde genau geprüft und katalogisiert. Zum anderen sollen die Bedürfnisse aufgezeigt werden und schlussendlich geht es um die Lösungsfindung über das weitere Vorgehen. Bis jetzt wurden noch keine Offerten eingeholt, die CHF 300'000 beruhen auf Richtwertannahmen und Vergleichen. Bruno Gallati versichert, dass sich der Gemeinderat eines haushälterischen Umgangs mit dem Geld durchaus bewusst ist. Entsprechende Fachleute werden zu Wettbewerbsbedingungen hinzugezogen und das günstigste Angebot berücksichtigt. Es ist jedoch der ganze Betrag von CHF 300'000 nötig, die Kosten für die Erstellung der IST-Aufnahme allein werden bereits mehr als CHF 100'000 betragen, dazu kommen die Kosten für die Bedürfnisanalyse sowie die Umsetzung.

Gemäss Finanzhaushaltsgesetz gilt der Kredit von CHF 300'000 bis und mit 2014 und muss also nicht zwingend noch im 2013 ausgegeben werden.

Die Presseberichterstattung der Schulkommission betr. Bau eines Schulhauses in Näfels sowie die eingereichte Interpellation unterstreichen die Dringlichkeit dieses Projektes. Bruno Gallati zählt auf das Vertrauen der Parlamentsmitglieder und bittet, dem Verpflichtungskredit von CHF 300'000 zuzustimmen.

Die Vorsitzende stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

Detailberatung

Die Vorsitzende nimmt den Antrag der Fraktion SP/Grüne vorweg und stellt diesen dem Antrag des Gemeinderates gegenüber.

Beschluss

Das Parlament stimmt dem Antrag der SP/Grüne mehrheitlich zu und beschliesst:

Vom Verpflichtungskredit über CHF 300'000 wird ein Drittel freigegeben. Nach spätestens 6 Monaten entscheidet das Parlament auf der Grundlage eines Zwischenberichts mit Konzept, Zeitplan und einer detaillierten Kostenaufstellung über die allfällige Freigabe des Restbetrages.

Der Antrag des Gemeinderates wird zifferweise zur Diskussion gestellt. Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Schlussabstimmung

Das Parlament beschliesst mehrheitlich:

1. Vom Verpflichtungskredit über CHF 300'000 wird ein Drittel freigegeben. Nach spätestens 6 Monaten entscheidet das Parlament auf der Grundlage eines Zwischenberichts mit Konzept, Zeitplan und einer detaillierten Kostenaufstellung über die allfällige Freigabe des Restbetrages.
2. Der Gemeinderat wird nach Ablauf des fakultativen Referendums mit dem Vollzug beauftragt.

Christoph Zürrer, Mollis, SP

Es wird zwar vorerst nur ein Betrag von CHF 100'000 freigegeben und dieser Betrag würde nicht unter das fakultative Referendum fallen. Aber grundsätzlich geht es immer noch um den Verpflichtungskredit von CHF 300'000, deshalb untersteht dieses Geschäft dennoch dem fakultativen Referendum.

8. Genehmigung Rechtsgeschäfte mit dem Verein Glarner Gemeinnützige (HPZ Oberurnen)

(Antrag Gemeinderat 01.07.2013; Bericht BRVK 03.09.2013; Angebot GG; Mutationsvorschlag; Situationsplan)

Das vom Verein Glarner Gemeinnützige, Glarus, getragene Heilpädagogische Zentrum (HPZ) bietet seit Jahrzehnten Bildung und Förderung für Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung an. Die Kinder sollen dabei auf eine möglichst selbständige Lebensgestaltung vorbereitet werden und wenn realisierbar, soll dies in einem optimalen Umfeld stattfinden. In der Tagesschule an den beiden Schulstandorten Mollis und Oberurnen werden Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung im Alter von 4 bis 18 Jahren entsprechend ihren Bedürfnissen unterrichtet, begleitet und unterstützt. Der Umstand, dass der Unterricht an zwei verschiedenen Standorten angeboten wird, ist aus der Historie gewachsen. Schon seit längerer Zeit beschäftigt sich der Verein Glarner Gemeinnützige damit, die Standorte möglichst zusammenzulegen, um Kosten, Abläufe und Infrastruktur zu optimieren. Am bisherigen Standort des Internats in Mollis, dem Haltli, sind zudem bauliche Massnahmen notwendig. Das Ziel ist deshalb, das gesamte heilpädagogische Zentrum an einem neuen Standort anzusiedeln.

Der Gemeinderat beantragt,

1. Dem Verein Glarner Gemeinnützige, Glarus, sei von der Parzelle Nummer 893, GB Oberurnen (Gemeinde Glarus Nord), Zone Öffentliche Bauten, Liegenschaften und Anlagen, Flurbezeichnung Oberer Tschachen, eine Gesamtfläche von ca. 4'563 m² zu einem Preis von CHF 300 pro m² (total ca. CHF 1'368'900) zu verkaufen.
2. Unter der Voraussetzung der Annahme von Antrag 1 sei vom Verein Glarner Gemeinnützige, Glarus, die Parzelle Nummer 668, GB Oberurnen (Gemeinde Glarus Nord), Zone Öffentliche Bauten, Liegenschaften und Anlagen, Flurbezeichnung Oberer Tschachen, mit einer Gesamtfläche von ca. 1'785 m² (abzüglich einem Streifen von 3 m Tiefe entlang der Grenze zum Grundstück Nummer 923, GB Oberurnen) und mit dem bestehenden Gebäude zu einem Preis von Total CHF 2,0 Millionen zu kaufen. Der Besitzesantritt erfolgt per 01. Mai 2016, wobei sich der Eigentumsübergang jedoch spätestens am 01. Januar 2018 vollzieht. Sollte der Eigentumsübergang durch Kauf aus finanzpolitischen Gründen nicht per 01. Mai 2016 stattfinden, hat die Gemeinde Glarus Nord für die Zeit ab Besitzesantritt bis zum Eigentumsübergang (01. Mai 2016 bis längstens 01. Januar 2018) dem Verein Glarner Gemeinnützige, Glarus eine monatliche Nutzungsgebühr von CHF 5'000 (exkl. Nebenkosten) zu entrichten.
3. Bei Annahme von Antrag 1 und 2 sollen auf den Parzellen Nummern 893, 488 sowie 668, alle GB Oberurnen (Gemeinde Glarus Nord) Fuss- und Fahrwegrechte (Dienstbarkeiten) gegenseitig gewährt werden.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug (fakultatives Referendum) beauftragt.

Für die Beratung dieses Geschäftes ist folgender Ablauf vorgesehen:

- Eintretensdebatte
- Detailberatung
- Schlussabstimmung

Das Wort zum Vorgehen wird nicht verlangt.

Eintretensdebatte

Ann-Kristin Peterson, Präsidentin BRVK, Niederurnen, Grüne

Für die Kommission war Eintreten unbestritten und der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

Den Unterlagen ist zu entnehmen, dass der Verein Glarner Gemeinnützige seit 2010 mit der Gemeinde Glarus Nord Verhandlungen führt. Im März 2012 hat der Gemeinderat entschieden, die Parz. Nr. 893, mit den heutigen Schrebergärten, für den Verein zu reservieren.

Ein Neubau für die HPZ fand beim Verein Glarner Gemeinnützige mehr Gefallen als ein Anbau an das bestehende Gebäude. Es ist auch bekannt, dass die Gemeinde mehr Schulraum benötigt, deshalb ist der Kauf dieses Gebäudes für die Gemeinde von Vorteil. Das Gebäude befindet sich in einem sehr guten Zustand und wurde vorbildlich unterhalten. Auf allen Etagen befinden sich WC's und Duschen und es ist ein Personenlift vorhanden. Das Gesamtvolumen beträgt rund 4'500 m³, dies erlaubt, je nach Klassengrösse, 4 – 6 Schulklassen im bestehenden Gebäude unterzubringen. Zudem sind genügend Büro's und Schulnebenräume vorhanden. Im Obergeschoss gibt es eine Kücheninfrastruktur, was auch eine Nutzung als Tagesstruktur ermöglicht. Der Verkaufspreis konnte auf CHF 2 Mio. vereinbart werden.

Die rund 4'563 m² grosse Parzelle soll dem Verein Glarner Gemeinnützige zu einem Preis von CHF 300/m² verkauft werden, dies ergibt ein Total von ca. CHF 1,4 Mio.

Den rund 30 Schrebergärtnern konnte ca. 300 m entfernt Ersatz für ihre Gärten angeboten werden.

Ann-Kristin Peterson dankt Ressortleiter Bruno Gallati, Bereichsleiter Martin Baitella, den Kommissionsmitgliedern sowie Protokollführer Urs Spälti für deren Unterstützung.

Fridolin Dürst, Obstalden, FDP

Die Fraktion BDP/FDP beantragt Eintreten auf dieses Geschäft und stimmt diesem einstimmig zu.

Das HPZ hat bisher an 2 Standorten in Oberurnen und Mollis Bildungs- und Förderangebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderung angeboten. Für einen optimaleren Ablauf soll die Schule in Zukunft nur noch an einem Standort betrieben werden. Die Verhandlungen mit dem Gemeinderat Glarus Nord ergaben, dass das bisher genutzte Schulhaus an die Gemeinde zu verkaufen ist und die Bedürfnisse der HPZ mit einem Neubau zu realisieren wären. Der finanzielle Aspekt wurde von der Kommissionspräsidentin bereits angesprochen, unter dem Strich verbleibt der Gemeinde ein Fehlbetrag von ca. CHF 600'000. Im Finanzplan konnte diese Zahl jedoch nicht ausfindig gemacht werden, so dass sich der Finanzplan um diese Summe verschlechtern wird.

Gemäss Konzept Schulraumbedarf ist in Oberurnen bis zum Jahr 2022 mit einem Wachstum von 2-3 Klassen zu rechnen. Somit ist der Kauf des HPZ-Schulhauses gerechtfertigt.

Bruno Gallati, Gemeinderat

Der genaue Kaufzeitpunkt ist noch offen, deshalb ist der Betrag im Finanzplan noch nicht enthalten. Der Kauf des Gebäudes kann sich in einer begrenzten Frist abspielen, die Zwischenzeit wird mit einer Miete überbrückt.

Die Vorsitzende stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

Detailberatung Antrag Gemeinderat

1. Ausgangslage

Keine Wortmeldung

2. Materielles

Adrian Hager, Niederurnen, SVP

Ist es richtig, dass nach dem Angebot vom 28.03.2013 nochmals Verhandlungen stattfanden und der Preis von CHF 2,2 Mio. gemäss Angebot der Glarner Gemeinnützige auf den effektiven Verkaufspreis von CHF 2 Mio. gesenkt werden konnte?

Martin Laupper, Gemeindepräsident

Hält fest, dass zwischen dem Verein Glarner Gemeinnützige und der Gemeinde Glarus Nord eine äusserst faire Verhandlungspartnerschaft bestand. Die Schätzung des Objektes lag zwischen CHF 1,8 und 2,4 Mio. und man konnte sich auf einen Kaufpreis von CHF 2 Mio. einigen.

3. Erläuterungen

Keine Wortmeldung

4. Antrag

Keine Wortmeldung

Schlussabstimmung

Das Parlament beschliesst gemäss Antrag des Gemeinderates und der BRVK mehrheitlich:

1. Dem Verein Glarner Gemeinnützige, Glarus, sei von der Parzelle Nummer 893, GB Oberurnen (Gemeinde Glarus Nord), Zone Öffentliche Bauten, Liegenschaften und Anlagen, Flurbezeichnung Oberer Tschachen, eine Gesamtfläche von ca. 4'563 m² zu einem Preis von CHF 300 pro m² (total ca. CHF 1'368'900) zu verkaufen.
2. Vom Verein Glarner Gemeinnützige, Glarus, sei die Parzelle Nummer 668, GB Oberurnen (Gemeinde Glarus Nord), Zone Öffentliche Bauten, Liegenschaften und Anlagen, Flurbezeichnung Oberer Tschachen, mit einer Gesamtfläche von ca. 1'785 m² (abzüglich einem Streifen von 3 m Tiefe entlang der Grenze zum Grundstück Nummer 923, GB Oberurnen) und mit dem bestehenden Gebäude zu einem Preis von Total CHF 2,0 Millionen zu kaufen. Der Besitzesantritt erfolgt per 01. Mai 2016, wobei sich der Eigentumsübergang jedoch spätestens am 01. Januar 2018 vollzieht. Sollte der Eigentumsübergang durch Kauf aus finanzpolitischen Gründen nicht per 01. Mai 2016 stattfinden, hat die Gemeinde Glarus Nord für die Zeit ab Besitzesantritt bis zum Eigentumsübergang (01. Mai 2016 bis längstens 01. Januar 2018) dem Verein Glarner Gemeinnützige, Glarus eine monatliche Nutzungsgebühr von CHF 5'000 (exkl. Nebenkosten) zu entrichten.
3. Auf den Parzellen Nummern 893, 488 sowie 668, alle GB Oberurnen (Gemeinde Glarus Nord) sollen Fuss- und Fahrwegrechte (Dienstbarkeiten) gegenseitig gewährt werden.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug (fakultatives Referendum) beauftragt.

9. Umfrage

Informationen aus dem Parlamentsbüro

Am 4. September 2013 ist ein Schreiben betreffend Waldkindergarten eingegangen. Zusätzlich erfolgte eine Einladung an das Parlament zu einem Rundgang im Waldkindergarten am 19. Oktober 2013. Beide Schreiben werden allen Parlamentariern zugestellt.

Am 26. September 2013 reichte die BDP/FDP Fraktion eine Motion "Parkverbot entlang dem Kleinlinthli" ein.

Zum Schluss

Parlamentspräsidentin Cornelia Schmid dankt für das engagierte Mitmachen und wünscht allen einen schönen Abend.

Nächste Parlamentssitzung

Die nächste Parlamentssitzung Glarus Nord findet am Donnerstag, 24. Oktober 2013, 17.15 Uhr statt. Als zusätzlicher Termin ist der Samstag, 26. Oktober 2013 vorgemerkt.

Schluss der Sitzung: 20.51 Uhr

Die Parlamentspräsidentin:

Die Parlamentssekretärin

Cornelia Schmid

Doris Fischli